

Kommission warnt vor Asyldebatte

Bern. – Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) zeigt sich vor der Abstimmung am 9. Juni beunruhigt über die Entwicklung der politischen Debatte. Mit jeder Gesetzesverschärfung verschlechtert sich aus Sicht der EKR auch das Klima gegenüber Asylsuchenden.

Die politische Debatte konzentrierte sich zunehmend auf den «Asylmissbrauch», hält die Kommission in einer Mitteilung vom Montag fest. Obwohl nur einzelne Personen negativ auffallen würden, fokussiere die ganze Diskussion darauf. Als Beispiel für die Verunglimpfung von Asylsuchenden nennt die EKR die «Kampfhaltung ganzer Gemeinden gegen die Unterbringung von Asylsuchenden».

Die EKR beobachtet bei der Asylgesetzgebung eine Art Spirale: Mit jeder Verschärfung wird der Blick auf die Asylsuchenden negativer, was wiederum zu neuen Verschärfungen führt. Es werde ausser Acht gelassen, dass sich die meisten Asylsuchenden korrekt verhielten. Eine Empfehlung gibt die EKR nicht ab. (sda)

Fallpauschalen: Bilanz der Spitäler

Nach der Einführung der Fallpauschalen ziehen die Spitäler ein positives Fazit zur neuen Spitalfinanzierung.

Bern. – Die Einführung der Fallpauschalen (Swiss DRG) vor knapp ein Jahr ist aus der Sicht der Schweizer Spitäler positiv verlaufen. Das System funktioniere technisch einwandfrei, und Spitäler und Kliniken hätten die Kosten im Griff, heisst es. Dennoch sind weitere Verbesserungen notwendig.

Der Spitaldachverband H+ lotete an einer Medienkonferenz am Montag die ungelösten Probleme aus. Zum einen stehe die Tarifstruktur erst am Anfang, sagte Werner Kübler, Direktor des Universitätsspitals Basel und Vizepräsident von H+. Vor allem hochspezialisierte und komplexe Fälle seien im Fallpauschalen-System noch defizitär.

Beispielsweise müssten künftig die Tarife für Kindermedizin-Fälle höher angesetzt werden. Die Entwicklung der Tarifstruktur verlaufe langsam und müsse konsequent forciert werden, gab Kübler zu bedenken. Die neueste Tarifversion 3.0 soll in Kürze dem Bundesrat vorgelegt werden.

Uneinigkeit über Basispreise

Seit Januar 2012 gilt im Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung schweizweit das neue Tarifsystem für stationäre Spitalleistungen. Bei Fallpauschalen wird jeder Spitalaufenthalt anhand von Kriterien wie beispielsweise Diagnose und Behandlung einer Fallgruppe zugeordnet und pauschal vergütet. Da die Kosten der Spitäler unter anderem von der Lohnsumme, den Investitionen und der Miete eines Spitals abhängen, schwanken sie von Fall zu Fall. (sda)



Finanzen: H+-Präsident Charles Favre ist zufrieden. Bild Marcel Bieri/Keystone

Politiker wollen Einfluss des Heimatschutzes beschneiden

Ein Vorstoss von Ständerat Joachim Eder verlangt, dass Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission nicht automatisch höher gewichtet werden als andere. Heimatschutzverbände drohen mit dem Referendum.

Von Rinaldo Tibolla

Bern. – Ob ein Solarpark am Walensee in einem Steinbruch im Kanton St. Gallen oder ein Steg für Besucher oberhalb des Rheinfalls in Schaffhausen: Mit ihren Gutachten hat die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) schon manches Projekt zunichte gemacht. Mehrere Vorstösse aus dem Parlament haben die ENHK als Gutachterin deshalb schon infrage gestellt. Derzeit zur Diskussion steht die parlamentarische Initiative von Ständerat Joachim Eder (FDP, Zug). «ENHK-Gutachten können nach wie vor eine wichtige Grundlage bilden, dürfen aber nicht allein ausschlaggebend und quasi sakrosankt sein», sagt Eder. Die Gutachten dürften nicht automatisch höher gewichtet werden als andere, sondern müssten in die Gesamtinteressenbeurteilung miteinbezogen werden. Gerade in Bezug auf die Energieziele, welche die Energiestrategie 2050 des Bundesrats vorsieht, sei eine Güterabwägung unumgänglich. «Ein Ausbau der alternativen Energien ohne gewisse Eingeständnisse funktioniert nicht», meint Eder.

Professionellere Kantonsbehörden

Die ständerätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) hat der Initiative Folge gegeben. Auch die Urek des Nationalrats hat dem Anliegen zugestimmt. «Es darf nicht zum Regelfall werden, dass kantonale Entscheidungen, durch eine Art Obergutachten der ENHK in einem Rekursverfahren negativ entschieden werden», sagt Ständerat Ivo Bischofberger (CVP, Appenzel Innerrhoden), Urek-Vizepräsident. Ein



Steg oberhalb des Rheinfalls: Mit einem Gutachten hat die ENHK manche Projekte zu Fall gebracht.

Bild Keystone

wichtiges Argument sei auch, den Föderalismus zu stärken. Als die ENHK installiert worden sei, hätten die Kantone im Umweltschutzbereich weitgehend noch über keine eigenen Behörden verfügt. Heute seien sie jedoch bezüglich Ressourcen und Fachkompetenz in der Lage, Beurteilungen vorzunehmen. «Logischerweise müssen ihre Beurteilungen auch mehr Gewicht erhalten», sagt Bischofberger.

Wie mühsam es zum Teil in den Kantonen sein kann, weiss der Schaffhauser Baudirektor Reto Dubach. Wegen der vielen negativen Entscheide aufgrund von ENHK-Gutachten sei die Rolle der Kommission im Kanton heftig diskutiert worden. Aber nicht nur Projekte im Bereich Energie würden entgegen den Kantonsinteressen scheitern – auch Bestrebungen für bessere touristische Infrastrukturen.

Die Projektidee des Stegs oberhalb des Rheinfalls habe auch nach umfassenden Prüfungen des Kantons wegen der ENHK keine Chancen gehabt.

Zusammenschluss zur Allianz

Vier Heimatschutzorganisationen wollen die drohende Schwächung der ENHK bekämpfen. Archäologie Schweiz, die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte, die Nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung (Nike) und der Schweizer Heimatschutz gründen deshalb Alliance Patrimoine. Heute werden sie in Bern den Zusammenschluss bekannt geben. «Die Anliegen der Energiewende werden gegen den Natur- und Heimatschutz ausgespielt – namentlich mit der parlamentarischen Initiative von Ständerat Eder», sagt Nike-Geschäftsführerin Cordula M. Keller,

Neu-Vorsitzende der Alliance für das laufende Jahr. Mit dem Motto «Energiewende – koste es, was es wolle» sei Alliance Patrimoine nicht einverstanden. Die Energieziele und der Denkmalschutz sollten als gleichwertige Interessen behandelt werden. Bisher sei diese Abwägung ein sinnvolles politisches Instrument gewesen. «Wir werden uns sicherlich überlegen, das Referendum zu ergreifen, sollten die Anliegen der Initiative so umgesetzt werden», kündigt Keller an. Den Vorwurf, dass Heimatschutzverbände mit ihren Einsparungen die Energiewende gefährden, lässt Keller nicht gelten. «Man sollte doch einfach die Verhältnismässigkeit wahren», so Keller. Und anstatt auf dem Bundeshaus Solarpanels zu installieren, wären Verpflichtungen zu Solarpanels bei Neubauten mit Flachdächern viel sinnvoller.

Widmer-Schlumpfs Kartenspiel

Die BDP-Bundesrätin ist unter Beschuss von rechts: Dabei ist völlig klar, dass sie das Land in homöopathischen Dosen auf den automatischen Informationsaustausch vorbereiten muss.

Von Stefan Schmid, Bundeshaus

Bern. – Die Rechte versucht derzeit mit aller Kraft, einen Skandal um Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zu konstruieren. Der Rücktritt des Staatssekretärs Michael Ambühl und ein Parteiprotokoll der BDP sollen belegen, wie heimtückisch die Finanzministerin angeblich agiert. Der Vorwurf: Seit Februar schon strebe Widmer-Schlumpf den automatischen Informationsaustausch (AIA) in Steuerfragen an, obwohl der Bundesrat offiziell bis heute die Abgeltungssteuer als Alternativmodell propagiere. Für FDP-Präsident Philipp Müller hat die Bündnerin die Position des Bundesrates «systematisch hintertrieben». Der Aargauer Nationalrat glaubt auch zu wissen, warum: Indem sie laufend Konzessionen nach links mache, wolle sie sich ihre Wiederwahl in zweieinhalb Jahren sichern.

Fideles Bashing

Beim fidelen, von der «Neuen Zürcher Zeitung» nach Kräften angeheiz-

ten Widmer-Schlumpf-Bashing will natürlich auch SVP-Chef Toni Brunner nicht absteht. Der Gesamtbundesrat müsse punkto Finanzplatzstrategie das «Heft nun in die Hand nehmen», fordert der Toggenburger. Die NZZ selber spricht von einer «Sololäuferin, die mit gezinkten Karten spielt», und sie ruft nach dem Bundespräsidenten, der die «Zwiebrack säende Finanzministerin» endlich mit einem Machtwort zur Räson bringen möge.

Eveline Widmer-Schlumpf ist selbstverständlich keine Heidi aus den Bergen. Sie ist kein Goldfischchen, das nicht wüsste, wie es sich im Berner Haifischbecken zu verhalten hat. Sie kalkuliert, pokert, finassiert und passt sich schlängelmässig an, wenn es gerade opportun ist. Derlei Verhalten ist im Bundeshaus gang und gäbe. Ihr daraus einen Strick zu drehen, ist scheinheilig. Worum gehts denn?

Vorspuren für die Regierung

Seit Herbst 2012 ist ruckbar, dass sich die Abgeltungssteuer als Gegenkonzept zum automatischen Informationsaustausch international nicht durchsetzen wird. Bewegliche Köpfe wie Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz haben das schon viel früher gemerkt. Der Bundesrat hat zwar im Dezember im Bericht zum Finanzplatz seine ablehnende Haltung bekräftigt. Die ne-

gative Formulierung wurde aber abgeschwächt. Fast gleichzeitig machte sich eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des ehemaligen Seco-Ökonomen Aymo Brunetti an die Aufgabe, eine künftige Strategie für den Finanzplatz zu entwerfen. Dass diese in Richtung AIA gehen wird, ist im Bundeshaus weitgehend klar. Konkrete Ergebnisse werden bald erwartet.

Seit Dezember wissen eigentlich alle, dass der Informationsaustausch irgendwie und irgendwann kommen wird. Nur den Willen, dies laut zu sagen, hatten im bürgerlichen Lager die wenigsten. Auch die Finanzministerin nicht. Sie überlässt diesen Job – wie auch der Gesamtbundesrat – der Gruppe Brunetti und beschränkt sich selber darauf, die Öffentlichkeit mit offziösen Anspielungen auf den bevorstehenden Kurswechsel vorzubereiten. Hinterhältig ist das nicht, höchstens mutlos.

Der Rücktritt Ambühls und das vermeintlich so brisante BDP-Protokoll vom Februar sind daher für die Widmer-Schlumpf-Gegner willkommene neue Gelegenheiten, die ungeliebte Magistratin zu tadeln. Daran, dass die Schweizer Banken das Bankgeheimnis selber diskreditiert haben, ändert dies ebenso wenig wie an der Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft mit der Abgeltungssteuer wenig anfangen kann.

Strafuntersuchung nach Krawallen

Nach den «Tanz dich frei»-Ausschreitungen hat die Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland eine Strafuntersuchung eingeleitet.

Bern. – Die regionale Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland hat nach der Krawallnacht im Anschluss an die Veranstaltung «Tanz dich frei» in Bern vom Wochenende eine Strafuntersuchung eröffnet. Sie richtet sich vorerst gegen eine unbekannte Täterschaft, wie Staatsanwalt Christof Scheurer auf Anfrage sagte.

Im Vordergrund stehen laut dem Informationsbeauftragten der Staatsanwaltschaft des Kantons Bern vier Tatbestände: Sachbeschädigung, Körperverletzung, Gewalt und Drohung gegen Beamte sowie Landfriedensbruch. Bei der Sachbeschädigung gehe es angesichts der hohen Schadenssumme um qualifizierte Sachbeschädigung, was ein Officialdelikt darstelle, sagte Scheurer. Die Polizei verfolge alle Ermittlungsansätze, die sich ergeben.

Das soziale Netzwerk Facebook, über das anonym zur Teilnahme am Anlass aufgerufen worden war, sei für die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsansatz unter anderen, der zu gegebener Zeit auch geprüft werde. Aber Priorität habe dies nicht. (sda)